

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 14 (1973)
Heft: 23

Artikel: Unsere Meinung
Autor: Brügger, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095143>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Unsere Meinung

Das Motiv der Abrechnung — wir haben es in unserer redaktionellen Einleitung zum Beitrag unseres Korrespondenten gesagt — ist nicht die ganze chilenische Wirklichkeit. Aber es ist unzweifelhaft ein Teil davon, und dass ein hübscher Teil unserer ideologisch geschulten Volksmeinung jeweils von legitimer Gewalt spricht, wenn die Abrechnung anderswo «dem Klassenfeind» gilt, darf für uns kein Grund zu spiegelverkehrten Rechtfertigungsthesen sein. Wir dürfen und müssen in diesem Zusammenhang auf die Einseitigkeit der konditionierten Entrüstung hinweisen, aber das wiederum setzt einen Standort voraus, wo das selektive Gewissen unserer Zeit nicht nur in seiner Auswahl, sondern auch in seiner Grundfunktion abgelehnt wird.

Wir wollen uns also von keinerlei selektiven Gewissen leiten lassen, wenn wir die Frage nach dem Vorgehen der chilenischen Militärjunta gegen ihre Feinde stellen. Wie präsentiert es sich?

Gehen wir zunächst einmal von der Frage aus, wie es uns präsentiert wird. Als recht symptomatisches Beispiel nehme ich ein paar Sätze aus einem Editorial von Rolf Herzog, der in der «National-Zeitung» vom 19. Oktober veröffentlicht wurde: «Die Marxisten werden dort (in Chile) mit Stumpf und Stil ausgerottet. Will man das noch nicht Völkermord nennen, so doch Kollektivmord wegen verbotenen Gedanken. Flüchtlinge aus Chile sind wegen ihrer Ueberzeugung an Leib und Leben gefährdet...» Von diesem oder ungefähr diesem Bild geht unsere veröffentlichte Meinung tatsächlich oft genug aus, wenn sie «zu Chile» Stellung nimmt.

sen Tageszeitung «El Comercio» entstand. Der Transportminister, General Raul Meneses Arata, vertrat à l'outrance den Standpunkt der Arbeitnehmer, die nicht nur erhebliche Gehaltserhöhungen forderten, sondern darauf bestanden, dass die Familie Miró Quesada, die Eigentümerin des Unternehmens, ihnen 50 Prozent der Aktien verkaufe. Der Standpunkt des Marineministers, Konteradmiral Vergas Caballero, war, dass «El Comercio» «eine erstklassige Zeitung sei, die gut ausgewogene Informationen bringe» und dass eine Aenderung in dem Betrieb, ohne das entsprechende Einverständnis der Eigentümer, die Qualität der Zeitung beeinträchtigen würde. Der Konteradmiral erinnerte den Transportminister daran, dass man in Peru westliche Traditionen aufrecht erhalte und gab zu verstehen, dass er gegen eine Uebernahme der wirtschaftlichen Betriebe seitens der Arbeiter sei.

Seit dem Militärputsch in Chile vom 11. September hat sich die Bresche zwischen den regierenden Militärs in Peru verständlicherweise vertieft, und es bleibt abzuwarten, ob sie überkittet werden kann oder ob in den nächsten Monaten eine Krise innerhalb der Regierung ausbrechen wird.

Uruguay wieder oder noch ohne Tupamaros

Ermuntert und unterstützt von dem Militär schreitet die von der uruguayischen Regierung

Nun, wenn das der Tatbestand ist, so kann die Stellungnahme gar nicht anders als Verurteilung, ja Verdammung sein. Ein Regime, das die Andersdenkenden mit Stumpf und Stil ausrottet und die Träger unerwünschter Gedanken kollektiv ermordet, hat jegliche Feindschaft verdient, und schon gar von uns, die wir unsere politische Ueberzeugung als Antitotalitarismus verstehen.

Aber ist das der Tatbestand? Stutzig macht schon das geschilderte Ausmass. Wenn in Chile sämtliche Marxisten in einem kollektiven Mord umgebracht werden, wieviele Marxisten gibt es denn dort? Chile zählt etwa 10 Millionen Einwohner; rund ein Drittel der wahlberechtigten Frauen und Männer hatten sich an der Urne für die marxistisch deklarierten Parteien der Volksfront ausgesprochen. Werden alle diese ermordet? Das Regime selbst hat standrechtliche Erschiessungen in der Grössenordnung zwischen hundert und zweihundert bekanntgegeben. Man braucht ihm natürlich nicht zu glauben. Aber soviel ich weiss, haben auch seine ausgesprochensten Feinde höchstens von «Tausenden» von wie immer umbrachten Personen gesprochen. Da kann also an den Proportionen etwas nicht stimmen; die implizierte Grössenordnung, die an Völkermord grenzen würde (abgesehen davon, dass der Begriff des Völkermordes nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ etwas anderes meint) ist notgedrungen falsch.

Das heisst keineswegs, dass man getrost zur Tagesordnung übergehen könnte, wenn es nur um hundert oder tausend ermordete Ueberzeugungstäter ginge; auch ein einziger wäre schon zuviel. Aber es heisst, misstrauisch zu sein gegenüber dem Wahrheitsgehalt der Information, die aus einem Feindbild heraus an die Öffentlichkeit getragen wird. Hat es die gute Sache

unternommene Säuberung von Kommunisten aus Staatsbetrieben und anderen wichtigen Sektoren des Landes fort.

Nun wurde auch das wichtigste übriggebliebene Bollwerk der Kommunisten und Tupamaros, die Universität Montevideo (die einzige im Lande) nach einer Explosion geschlossen.

Eine polizeiliche Untersuchung aller Universitätsgebäude brachte nicht nur grosse Mengen extremistischen Propagandamaterials, Plakate und Flugblätter mit Umsturzaufrufen und Drukereien ans Licht, sondern auch Waffen verschiedenster Art.

Trotzdem die Tupamaros in Uruguay praktisch aufgelöst sind und noch immer Mitglieder der Terrororganisation steckbrieflich gesucht werden, sind deutliche Anzeichen wahrnehmbar, dass die bekannteste Stadtguerilla Lateinamerikas dabei ist, sich neu zu organisieren. Verschiedene kleine Streiche innerhalb Uruguays — die als Uebungen für frisch rekrutierte Mitglieder gedeutet werden — sowie die Tätigkeit der Tupamaros ausserhalb Uruguays bestätigen diese Annahme. Die vier Terroristen (zwei Männer und zwei Frauen), die ein Flugzeug der Aerolineas Argentinas in Buenos Aires entführten und schliesslich in der bolivianischen Grenzstadt Yacuiba den Apparat und die als Geiseln gehaltenen Passagiere an die Behörden auslieferten, mit der Bedingung, nach Kuba weiterbefördert zu werden, waren aus Chile geflüchtete uruguayische Tupamaros. ■

denn nötig, mit einer auch bloss quantitativen Uebertreibung von einigen tausend Prozent vorgestellt zu werden?

Aber nun zur qualitativen Sache der Angelegenheit, zur Beschuldigung also, dass man Menschen (wie viele auch immer) wegen verbotener Gedanken umbringt. Die Junta widerspricht dieser Darstellung. Sie gibt Erschiessungen nicht an Ueberzeugungstätern zu, sondern an Terroristen, an Leuten, welche sich ihrerseits der Waffen bedienen, um zu töten, welche Gewalt anwenden, um das Regime zu stürzen. Das würde standrechtliche Erschiessungen übrigens immer noch nicht schön machen, aber darum geht es im Moment nicht, sondern darum, ob man Menschen wegen ihrer Worte umbringt oder wegen ihres Schiessens, denn das ist ein Unterschied. Er wird denn auch hierherum eingesehen, sonst würde man nicht soviel Betonung auf die Ermordung von blossen Ueberzeugungstätern legen.

Dass die Junta nicht Ueberzeugungstäter, sondern aktive Terroristen umbringt, ist, wie gesagt, ihre Darstellung. Man braucht sie ihr nicht zu glauben und glaubt sie tatsächlich auch sehr wenig. Aber eines hat man hier offenbar völlig übersehen: man ist nämlich gar nicht auf die Junta angewiesen, um das zu glauben. Es sind nicht ihre Freunde, sondern ihre Feinde, welche seit dem Putsch nicht müde wurden, auf das grosse Ausmass an bewaffnetem Widerstand hinzuweisen, das in Chile zu finden sei. Die Berichterstattung darüber hat auch in unserer Öffentlichkeit einen ordentlichen Raum beansprucht, wobei es darum ging, aufzuzeigen, dass sich «das Volk» (oder wenigstens der angeblich bewussete Teil davon) für seine legitimen Rechte wehre. Daraus ergibt sich zu allermindestens, dass das Regime nicht nur «Ueberzeugungstäter» zu Feinden hatte. Anders wäre es ja auch gar nicht möglich, dass zum Beispiel in der Schweiz ein «Komitee für Chile» Geldsammlungen für «Waffen nach Chile» (das heisst Waffen für die sich wehrenden Juntagegner) durchführte (siehe «Unsere Meinung» in der letzten Nummer). Wenn man nun einen Sektor auch bloss von einigen Tausenden Chilenen oder Bewohnern Chiles (die Ausländer stehen auch da zur Diskussion, und Regimegegner weisen mit Stolz auf deren Verdienste beim bewaffneten Widerstand hin) annimmt, die zur Gewalt gegen die Putschisten gegriffen hätten, dann käme man zur erstaunlichen Schlussfolgerung, dass das Regime selbst von diesen bewaffneten Gegnern nur einen Teil umgebracht hätte, und das auch unter der Annahme, dass es seine Zahlen an standrechtlichen Erschiessungen lügnerisch stark untertrieben hätte. Man ist also in der Frage «Ermordung von Andersdenkenden oder Ermordung von Terroristen?» überhaupt nicht auf die Darstellung der Junta angewiesen, um sie als glaubhaft einzusehen. Denn die Darstellung ihrer Feinde gibt ihr in der Voraussetzung zu diesem strittigen Punkte durchaus recht.

Das, meine ich, gilt zu diesem Motiv in der Hauptsache. Ich möchte meinerseits keine Exklusivität daraus machen. Ich halte es für denkbar und möglich, dass es auch zu anderweitigem Morden gekommen ist (die Junta ihrerseits hat sich von Lynchfällen distanziert und sie damit zugegeben), und diese Fälle oder Eventualfälle sind denn auch als schlechte Morde einzustufen. Dass das Regime tatsächlich auch Ueberzeugung-

(Fortsetzung auf Seite 9)

dat sich nicht erinnerte, inszenierte sie einen Weinkampf, vor dem er kapitulierte: Er sei zu allem bereit, wenn sie nur aufhöre. Worauf Ludmilla sich schönmachte und mit Boris' Hilfe den nun völlig apathischen Betrunknen in den Dorfsowjet schleppte, um die Ehe zu registrieren. «In diesem Moment wurde Altynnik für einen Augenblick nüchtern und begriff, dass etwas Nichtwiedergutzumachendes geschah. (...) Und er erinnerte sich nicht, wie man ihm ein Papier vorlegte, einen Kugelschreiber in die Hand drückte und seine Hand führte.» Die Beamtin sah, was los war, — und drückte den Stempel in sein Dienstbüchlein.

«Dann feierten sie Hochzeit. — es war keine Hochzeit, aber so etwas Aehnliches fand statt.» Das heisst: Man trank. Wodka aus Kuban, Rotwein, verdünnten Eigenbrand.

«Null und nichtig, weil Sie und Ihr Bruder mich betrogen haben in einer betrunkenen Sache...»

Nach Mitternacht setzte man Altynnik wieder in den Zug; er führte seinen Auftrag aus und kehrte ins Regiment zurück, ohne jemandem etwas zu erzählen. Das Briefeschreiben stellte er aber sofort ein, obschon noch zahlreiche «billets doux» eintrafen. Der Dienst verleidete ihm, er zählte die Tage bis zur Demobilisierung — immerhin noch über ein Jahr. Die Heirat schien ihm ein böser Traum, aus dem ihn ein Brief von seiner Ehefrau riss. Altynnik antwortete sogleich, die Ehe sei für null und nichtig zu betrachten, «weil Sie und Ihr Bruder Boris (noch dazu Kommunist!) mich betrogen haben in einer betrunkenen Sache, — und ich bitte Sie, mich fernerhin nicht zu belästigen». Darauf schrieb ihm Ludmilla, als ob nichts wäre, sie sei schwanger.

Altynniks Antwortbrief gemahnt im Stil an den hervorragenden Humoristen Soschtschenko. «Und wenn Sie ein Kind erwarten, so dürfte das nicht meines sein, was ein gerichtliches Gutachten erweisen kann, Sie sind Mediziner auf die Volksgesundheit und müssen das bestens wissen und schreiben Sie sich das hinter die Ohren, und Ihre Krapfen habe ich längst über, womit ich verbleibe Ihr Iwan.»

Indes liess sich Ludmilla nicht Angst machen, schrieb weiterhin Gattinnenbriefe, obwohl er diese refüsierte.

Nebenbei ein Blick auf das Kasernenleben

Im Regiment hatte man auch Schwierigkeiten. Zur Untersuchung zweier Flugzeug-Havarien kam ein General an der Spitze einer hohen Kommission. Man stellte fest, «dass an allem die schwache soldatische Disziplin schuld sei. Dafür, dass die Piloten nicht fliegen können, kriegten die Berufsmilitär am meisten. Den Soldaten und Unterleutnants wurde einen Monat lang der Ausgang gesperrt...»

Noch ehe Altynnik wieder Urlaub hatte, wurde er zum Major zitiert und musste sein Dienstbüchlein mit dem Eheschlussvermerk vorweisen. Ohne Erlaubnis der Vorgesetzten dürfen aber Soldaten keine Ehe eingehen. Der Major, der sehr sympathisch und human geschildert wird, hatte Mitleid mit dem jungen Vater wider Willen; Ludmilla hatte ihn brieflich gebeten, «ihren Mann nicht in den Urlaub zu lassen, um Bekanntschaften mit leichten Mädchen zu vermeiden und den Zerfall der Familie zu verhüten».

BIGLA

Büromöbel
Registrierungsmaterial

BIGLA

Couches und Matratzen
Gartenmöbel
Krankenzimmermöbel

BIGLA

Schul- und Saalmöbel

BIGLA AG, 3507 Biglen Tel. 031 91 51 51 Telex 32 357

Endlich: Demobilisierung. Der Major beglückwünschte die Soldaten. Zum Abschied flüsterte er ihnen zu: «Es ist mir, ehrlich gesagt, selber verleidet.»

Ludmilla siegt; und Bahnwärter sein im Dorf ist auch etwas

Altynnik gedachte zur Mutter nach Hause zu fahren, aber vor der Kaserne fingen ihn Ludmilla und Boris samt Kleinkind ab. Um einen Skandal zu vermeiden, ging Iwan «vorläufig» mit in ihr Dorf. Um dort für immer hängenzubleiben. Ludmilla liess ihn nicht aus den Augen. Letzten Endes ergab er sich. Er begrub seine Träume von Technikum und Institut und wurde Bahnwärter auf der Dorfstation, an der ein Zug pro Tag hielt.

Vier Jahre darauf begegnete Altynnik auf dem Bahnhof einem Dienstkameraden (dem Erzähler) und wurde von ihm zu einem Gläschen eingeladen. Als bald überrascht ihn seine Gattin bei dieser «Eskapade»:

«Ludmilla hielt ihn mit der Linken am Kragen, und mit der Rechten schlug sie ihn mit aller Kraft über den Kopf. Auf der anderen Strassen-seite radelte langsam der Polizist vorüber und beobachtete das Ereignis voller Neugier.» Vorhang.

Wäre diese Geschichte bloss eine reine Erfindung des Autors! Aber ähnliche Fälle kenne ich eine ganze Reihe. Die Helden sind beide unglückliche, zertretene Menschen, ursprünglich nicht ohne gute Bestrebungen; sie hatten einander nicht übel gewollt, doch die ausweglose Wirklichkeit verschluckte wie ein unbarmherziger Moloch ihr Leben.

Ueber Wojnowitschs Satire kann man nicht leicht lachen. Zu deutlich spiegelt sie den wodka-gezeichneten Alltag des Sowjetlebens wider. ■

(Fortsetzung von Seite 7)

gen verfolgt, hat es mit seinen Bücherverbrennungen bewiesen (falls es sie wirklich selber angeordnet hat). Und das wäre schon schlimm genug, meine ich. Mit Bücherverfolgungen begibt sich die Junta an die Seite der kommunistischen Regimes. Die Entrüstung darüber muss allerdings allseitig sein, um Glaubhaftigkeit zu beanspruchen. Wir bringen diese Allseitigkeit auf und haben nur noch die Frage, wie es mit andern Entrüsteten steht, die das gleiche einmal verdammen und ein andermal verständlich finden, dann nämlich, wenn es dort vorkommt, wo man ein Regime «progressiv» oder «sozialistisch» nennt. Meinerseits nenne ich das chilenische Regime, das Parteien und Verfassungsgericht verboten hat, nicht demokratisch; darf man hier von den Anhängern des «ändern» Systems Gegenrecht verlangen?

Gestellt bleibt die Frage der Abrechnung schliesslich auch gegenüber Gewalttätern, die man standrechtlich erschiesset, das heisst umbringt. Wenden nicht diese Terroristen legitime Gegengewalt gegen ein Regime an, dass seinerseits durch Gewalt an die Macht gekommen ist? Ich will hier nicht wiederholen, was ich zur Machtübernahme selbst geschrieben habe (ZB, Nr. 19/1973), aber dafür auf etwas anderes hinweisen: Wenn das Sowjetregime beispielsweise einen bewaffneten Aufstand gegen seine illegitime Gewalt auf seinem Territorium niederschlägt und dabei auch standrechtlich verfährt, wird man das überall im Westen eine Selbstverständlichkeit finden, die an unserm Umgang mit den Sowjetmachthabern nichts zu ändern brauche. Ich beanspruche im Falle Chile weniger vorgegebene Anerkennung der Realitäten, aber wenigstens das Recht auf Prüfung sollte vorbehalten bleiben.

Christian Brügger